Beim Kapitel **„Aufsichtsamt für Versicherungen“** bringt Abg. **Dahlem** (Zentr.) zur Sprache, daß die in Deutschland konzessionierte Gesellschaft „Newyork“ Versicherungsgelder zu Spekulationen verwendet habe.

Abg. **Bassermann** (natl.) warnt vor Maßnahmen, die als Vexationen in Amerika aufgefaßt werden könnten. Es sei der Glaube verbreitet, daß im Kriegsfalle englische Gesellschaften die in Deutschland abgeschlossenen Versicherungen nicht realisieren würden. Er glaube nicht, daß eine Kulturnation sich auf diesen Standpunkt stellen werde, bitte aber um eine Erklärung des Staatssekretärs.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erklärt, daß die amerikanischen Gesellschaften „Newyork“ und „Newton“ sich verpflichtet hätten, einen Teil ihrer Gelder in deutschen Staatspapieren anzulegen und eine Kaution in Deutschland zu stellen. Mit „Equitable“ schwebten darüber noch Verhandlungen. Die Frage anlangend, ob die englischen Gesellschaften verpflichtet seien, auch im Kriegsfalle Versicherungssummen auszuzahlen, so habe er persönlich die Ueberzeugung, — er sage dies mit allem Vorbehalte — daß die Auszahlungen wohl würden verweigert werden können. Aber allerdings hätten ihm angesehene Vertreter englischer Gesellschaften erklärt, daß sie nicht daran dächten, im Kriegsfalle mit Zahlungen im Rückstande zu bleiben. Bei Konzessions-Erteilungen in Deutschland werde ebenfalls darauf gesehen werden, daß Kautionen gestellt werden.

Der Rest des Ordinariums wird angenommen.

Schluß der Sitzung 6¾ Uhr. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Handelsvertrag nit Abessinien.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 19. Februar.

Die Zweite Kammer

beschäftigte sich an erster Stelle mit dem **Etat der Porzellan-Manufaktur.**

Abg. **v. Querfurth** weist auf den stetigen Rückgang der Ueberschüsse der Porzellanmanufaktur hin, gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß eine Besserung in den Erträgnissen in Zukunft wieder eintreten werde.

Abg. **Hartmann** (natl.) weist auf die Klagen über Verzögerung der Lieferungen hin; es scheine aber neuerdings wieder besser zu werden. An weißem Porzellan dürfe am Lager in Meißen niemals Mangel herrschen, denn der Absatz an Luxusgegenständen gehe ja zurück und der Lagerbestand sei zu groß geworden, an Wirtschaftssachen zu gering.

Abg. **Hofmann** (kons.) weist auf den Umstand hin, daß Staatsinstitute anders beurteilt werden müßten als Privatunternehmungen; denn Staatsinstitute könnten nicht Ersparnisse machen und Abschreibungen vornehmen, wie jene, sondern ihren Ueberschuß an die Staatskasse abliefern.

Abg. **Kretzschmar** (natl.) erörtert die schwierige Stellung des Leiters eines solchen Staatsunternehmens, der stets durch die Rücksicht auf den Etat gebunden sei und nichts von dem erzielten Gewinn riskieren dürfe.

Finanzminister Dr. **Rüger** dankt für die wohlwollende Beurteilung der Leistungen der Porzellanmanufaktur. Die finanziellen Ergebnisse seien freilich recht unerfreulich gewesen, aber die schlechten Jahre seien die Folge allgemeiner wirtschaftlicher Depression, scharfer, zum Teil unlauterer Konkurrenz, und auch der Steigung der Herstellungskosten. Der Minister erkennt an, daß Staatsinstitute nicht so leichtes Arbeiten hätten wie Privatunternehmungen. Aber es sei doch nötig, an den etatsrechtlichen Grundsätzen festzuhalten, wenn auch nach Möglichkeit nach kaufmännischen Prinzipien vorgegangen werden müsse. Man müsse auch die künstlerischen Aufgaben des Instituts berücksichtigen. Dabei handle es sich um den Geschmack und um Personalfragen. Die seien aber nicht so leicht zu lösen. Der Mann, der der Geeignetste sei, um die Leitung der Malereiabteilung zu übernehmen, sei noch nicht gefunden, vielleicht noch nicht geboren (Heiterkeit). Was die Verzögerung der Bestellungen angehe, so sei das gewiß ein Uebelstand, aber bei der Fülle der verschiedenen Anforderungen sei das schwer zu ändern. Auf Vorrat könne nur in beschränktem Maße gearbeitet werden. In Bezug auf genügendes Lager an weißem Porzellan sei die Verwaltung mit Erfolg bemüht gewesen, den gerügten Mißständen abzuhelfen. (Bravo!)

Abg. **Goldstein** (soz.) kommt auf einige Arbeiterfragen bei der Porzellanmanufaktur zu sprechen. Die Arbeiter könnten nicht genug verdienen und müßten Nebenverdienste suchen. Seitens der Leitung sei die Parole ausgegeben, daß ein Mehrverdienst über ein bestimmtes Maximum (125 oder 150 Mk.) nicht ausgezahlt werde. Er bitte die Regierung um Auskunft, ob sie solche Zustände billige.

Der **Finanzminister** bittet um Angabe einzelner Fälle. Daß der Lohn künstlich herabgemindert worden sei, sei nicht zutreffend. Geringerer Verdienst sei lediglich schlechter Geschäftslage zuzuschreiben. Doch sei bei allen Maßnahmen der Arbeiterausschuß gehört worden und habe seine Zustimmung gegeben.

Nach kurzer Bemerkung des Abg. **Goldstein** erhält der Berichterstatter das Schlußwort, worauf die Anträge der Finanzdeputation genehmigt wurden.

Es folgt die Beratung des **Steinkohlenwerks zu Zauckeroda.**

Das Wort begehrt wieder Abg. **Goldstein** und führt aus, da offenbar, wie auch schon der Vorschlag, eine Brikettfabrik zu errichten, zeige, auf eine dauernde Besserung im Kohlengeschäft zu rechnen sei, könne er sich nicht bei dem jetzigen Etat beruhigen. Die Regierung selbst habe sich zur Aufstellung eines neuen Etats erboten. Die Arbeiter von Zauckerode hätten seinerzeit eine kleine Lohnerhöhung verlangt, sie seien aber mit der Begründung abgewiesen worden, die Löhne seien ohnehin höher als in den westsächsischen Kohlenrevieren. Dies sei aber nicht der Fall, die Arbeiter hätten jahrelang weniger Löhne gehabt und mehr fördern müssen. Er stellt den Antrag, die Kammer wolle beschließen, noch dem jetzigen Landtage einen Ergänzungsantrag zum Etat vorzulegen. Der Antrag wird genügend unterstützt, daher zur Debatte gestellt.

Abg. **Schnel** verteidigt den Standpunkt der Finanzdeputation. Diese habe lediglich, um künftigen Miseren vorzubeugen, die Brikettanlage beantragt, sei aber keineswegs sehr optimistisch in bezug auf weitere hervorragend günstige Rentabilität. Der gute Abschluß sei lediglich der Verwertung der vorhandenen Vorräte, nicht der größeren Förderung zu verdanken. Die Deputation sei daher gegen eine Heraufziehung des Etats.

Abg. **Bär** (freis.) unterstützt den Antrag Goldstein, Abg. **Behrens** (kons.) wendet sich gegen den Nachtragsetat, bittet aber die Regierung, eine Erhöhung der Arbeiterlöhne in Erwägung ziehen zu wollen.

Finanzminister Dr. **Rüger** erklärt es für unzulässig, jetzt noch einen Nachtragsetat anzufügen. Daß die Regierung selbst vorher eine Heraufziehung des Etats angeregt habe, sei ihrer, vielleicht etwas zu großen Ehrlichkeit entsprossen. Was die Zauckerodaer Löhne anbetreffe, so seien es die weitaus besten, die gezahlt würden, außerdem seien die Wohlfahrtseinrichtungen in Zauckerode hervorragend. Dies sei ja auch aus dem eigenen Lager des Abg. Goldstein anerkannt worden, indem ein Arbeiter auf dem 1905 in Oelsnitz abgehaltenen Bergarbeiter-Kongreß gesagt habe: „Wie ein weißer Schwan unter schwarzen Entlein hebt sich das königliche Werk in Zauckerode von den übrigen ab.“ Dies solle doch auch für den Abg. Goldstein maßgebend sein. (Sehr richtig.)

Geh. Finanzrat Dr. **Wahle** widerlegt einige unrichtige Angaben über die Lohnverhältnisse. Die Löhne seien nur infolge weniger Schichten, die durch schlechte Absatzverhältnisse veranlaßt wurden, zurückgegangen. Die ganze Belegschaft habe sich auch dabei beruhigt, daß, sowie die Konjunkturen steigen, wieder volle Schichten gefahren werden und wieder auf den früheren besseren Zustand zurückgekommen werden soll. Redner hob nochmals hervor, daß die Wohlfahrtseinrichtungen, die Brausebäder, Unfall- und Krankenkasse, besser als anderswo seien.

Vizepräsident Dr. **Schill** betont, daß keine Gelegenheit von der Finanzdeputation versäumt werde, um sich arbeiterfreundlich zu zeigen. Der Staat sei, wo er als Arbeitgeber auftrete, stets coulant, wohlwollend, arbeiterfreundlich. Man dürfe aber nicht so weit gehen, daß die Lohnerhöhung immer Hand in Hand gehen müsse mit günstiger Konjunktur. Dies führe ja sonst zum Zukunftsstaat, zur Verteilung der Profite. Es handle sich darum, ob der Staat ein gerechter Arbeitgeber sei, dieser Grundsatz sei erfüllt, die Arbeiter in Zauckerode seien schon jetzt besser bezahlt als in Privatbetrieben.

Abg. **Klöther** (kons.) bedauert, daß kein Bergwerkssachverständiger anwesend gewesen sei. Dieser würde manche Angaben richtig gestellt haben. Redner widerlegt dann einzelne Angaben des Abg. Goldstein, worauf der Berichterstatter das Schlußwort erhält.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Deputation einstimmig angenommen, der Antrag Goldstein gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstag, 20. Februar, 10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Petitionen.

Zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderungen in der Zusammensetzung der Ersten Kammer, brachte gestern abend der Kammerherr Sahrer von Sahr folgende bemerkenswerten Anträge ein: Die Kammer wolle unter Ablehnung der Deputationsanträge beschließen:

1) Art. I in folgender Fassung anzunehmen: Ziffer 15, 16, 17 von § 63 der Verfassungsurkunde erhalten die nachstehend veränderte Fassung:

Ziffer 15. Die ersten Bürgermeister der Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz;

Ziffer 16. Die ersten Bürgermeister der 5 vom König und möglichster Berücksichtigung aller Teile des Landes nach Gefallen zu bestimmenden Städte;

Ziffer 17. Zehn vom König nach freier Wahl auf Lebenszeit ernannte Mitglieder, wovon mindestens fünf aus den Kreisen des Handels, der Industrie und des Gewerbestandes.

2) Art. II in folgender Fassung anzunehmen: In § 63 der Verfassungsurkunde wird als neue Bestimmung hinzugefügt:

Ziffer 18. Ein Abgeordneter der Technischen Hochschule zu Dresden, der von selbiger aus der Mitte ihrer ordentlichen Professoren gewählt wird.

3) Dem Absatz 2 des § 66 der Verfassungsurkunde anzuschließen: Das Gleiche gilt für den Abgeordneten der Technischen Hochschule in Dresden.

Aus dem Reiche.

König Friedrich August in Gotha.

König Friedrich August traf gestern mittag 12 Uhr 20 Minuten zum Besuche des Herzogspaares in Gotha ein. Auf dem Bahnhof fand großer Empfang statt. Nach herzlicher Begrüßung mit dem Herzog Karl Eduard begaben sich die beiden Fürsten nach Schloß Friedenstein, von der in den Straßen versammelten Menge begeistert begrüßt. Im Schlosse begrüßte der König die Herzogin Victoria Adelheid. Um 2½ Uhr nachmittags begaben sich die Fürsten zur Fasanenjagd nach Siegleben. Um 5 Uhr fand im Schlosse Galatafel statt. Der König trat um 6 Uhr 22 Min. die Reise nach Leipzig an.

Der Kaiser und der Herzog von Cumberland.

Die durch Hirschs Telegr.-Bureau verbreitete Meldung über eine zwischen Kaiser Wilhelm und dem Herzog von Cumberland in Kopenhagen gepflogene längere Unterredung beruht nach Informationen an bestunterrichteter Stelle vollständig auf Erfindung. Der Herzog wurde dem Kaiser kurz vor der Tafel vorgestellt, aber weder bei dieser Gelegenheit noch später ist zwischen beiden auch nur ein Wort gewechselt worden. Alle gegenteiligen Zeitungsmeldungen sind als wissentliche Irreführungen zu bezeichnen.

Zur sächsischen Wahlrechtsfrage.

Die „Sächs. Pol. Nachr.“, konservative Korrespondenz für das Königreich Sachsen, treten der Anregung entgegen, zur Beratung der dringend notwendigen Reform des sächsischen Landtagswahlrechts einen außerordentlichen Landtag einzuberufen. Sie schreiben:

„Ein außerordentlicher Landtag, dessen einzige Aufgabe die Aenderung des Wahlrechts wäre, würde nach außen nach zweifacher Richtung falsche Vorstellungen erwecken. Erstens würde der Meinung Vorschub geleistet, als seien Regierung und Ordnungsparteien durch die sozialdemokratische Politik der Straße zu Zugeständnissen gezwungen worden. Zweitens würde die völlig unbegründete Behauptung der Sozialdemokratie, durch das jetzige Wahlrecht sei ein unerträglicher Notstand hervorgerufen, einen gewissen Schein der Berechtigung erhalten. Beides muß im Interesse der staatlichen Autorität vermieden werden, um so mehr, als von zwingenden Unzuträglichkeiten, die eine Ueberhastung der Reform rechtfertigen, überhaupt nicht gesprochen werden kann.“

Wir würden es lebhaft bedauern, wenn die „Sächs. Pol. Nachr.“ mit der Behauptung, daß mit der Einberufung eines außerordentlichen Landtages nicht zu rechnen sei, recht behielten. Die Gründe, die von der genannten Parteikorrespondenz dagegen geltend gemacht werden, sind nicht überzeugend. Schon vor den sozialdemokratischen Kundgebungen war von allen bürgerlichen Parteien in der Zweiten Kammer die Notwendigkeit einer baldigen zeitgemäßen Reform des Landtagswahlrechts ausdrücklich anerkannt worden. Auch die Erste Kammer hat sich zu der Anschauung bekannt, daß die Reform der Zweiten Kammer geboten erscheint und einen längeren Aufschub nicht duldet. Ist das aber die allgemeine Ansicht beider Kammern des Landtages und — worüber kein Zweifel besteht — der weitesten Volkskreise, so wäre es falsch, noch einmal Landtagswahlen nach dem alten Wahlrechte auszuschreiben. Wenn ein Gesetz einmal als unzweckmäßig oder als ungerecht anerkannt ist, soll man vermeiden, es auch nur ein einziges Mal noch anzuwenden. Das ist aber bei dem Wahlgesetz nur möglich, wenn die Abänderung vor den Neuwahlen erfolgt, und da der gegenwärtig versammelte Landtag nach Lage der Dinge nicht mehr imstande ist, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, so bleibt nichts anderes übrig, als die Einberufung eines außerordentlichen Landtages. Es ist nicht einzusehen, warum es als Kapitulation vor der Sozialdemokratie erscheinen soll, wenn Regierung und Landtag das, was sie selbst als richtig und notwendig erkannt haben, so schnell als möglich ausführen.

Das Einkommen der Geistlichen Sachsens

soll vom 1. Juli 1906 ab einer Neuordnung unterworfen werden. Die Mehrzahl der evangelisch-lutherischen Geistlichen erhält jetzt ein Anfangsgehalt von 2400 M. und je nach 5 Jahren eine Alterszulage von 400 M., so daß nach einer Dienstzeit von 30 Jahren das Höchstgehalt mit 4800 M. nebst freier Wohnung erreicht wird. Die Regierung will nun bei der Neuordnung die Alterszulagen auf je 500 M. festsetzen, so daß die Staffel nach 30 jähriger Dienstzeit mit 5400 M. nebst freier Wohnung abschließt. Durch diese Erhöhung würde sich ein jährlicher Mehraufwand von rechnungsmäßig 96215 M. ergeben.

Oberrealschulen in Sachsen.

Durch die Abgeordneten Enke-Leipzig, Dürr-Gaschwitz und Dr. Rühlmann-Döbeln ist in der Etatvorberatung die Einführung von Oberrealschulen in Sachsen besprochen worden und der Herr Minister hat hierauf erklärt, daß er der Einführung solcher Schulen nicht unsympathisch gegenüberstehe, es liege jedoch jetzt nicht in der Absicht des Unterrichtsministeriums, eine Oberrealschule aus Staatsmitteln ins Leben zu rufen. Wenn eine Gemeinde — und da würde jedenfalls nur eine größere und leistungsfähige Gemeinde in Frage kommen — mit einem Antrage auf Errichtung einer Oberrealschule aus städtischen Mitteln an das Ministerium komme, so würde die Frage anderseits zu erwägen sein, und es werde bei Bejahung der Frage dann noch Zeit sein, den dann notwendigen Nachtrag zu dem Gesetz vom 22. August 1876 fertigzustellen, zumal ja der Lehrplan für die Unterklassen einer Oberrealschule ganz übereinstimmen würde mit dem Lehrplane für die unteren Klassen einer Realschule. Die Finanzdeputation A befürwortete in längerer Beratung die Genehmigung der Einführung von Oberrealschulen, wenn leistungsfähige Städte einen dahin gehenden Antrag stellen, und wünscht die baldige Einbringung eines entsprechenden Nachtrages zum Gesetze. Das Königliche Kultusministerium hat nun auf Ersuchen die nachstehende Erklärung abgegeben: „Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ist nicht in der Lage, noch in der laufenden Sitzungsperiode einen Nachtrag zum Gesetz über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876 vorzulegen, durch den die Oberrealschulen in Sachsen eingeführt werden. Ehe dies geschehen kann, muß es wegen Festsetzung der Berechtigungen der neuen Schulgattung mit den übrigen Ministerien verhandeln, soweit sie für die Hochschulen, Staatsprüfung und Beamtenklassen zuständig sind, zu denen das Reifezeugnis der Oberrealschulen berechtigen soll. Diese Festsetzung wiederum ist von der Lehrordnung abhängig, die wenigstens in ihren Umrissen entworfen und mit den Sachverständigen beraten werden muß. Das Ministerium hofft aber, diese Vorarbeiten bis zur nächsten Sitzungsperiode zu erledigen und in dieser den hohen Ständen den Nachtrag zum Gesetz vorlegen zu können.“ Hierbei faßte die Deputation Beruhigung.

Das Handelsprovisorium mit Amerika.

Dem Reichstage ist gestern der am Sonnabend vom Bundesrat angenommene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zugegangen. Der Entwurf ermächtigt lediglich den Bundesrat, den deutschen Vertragstarif den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 einzuräumen.

Aus dem Auslande.

Die magyarischen Landboten,

die sich nun seit Langem in polnischer Wirtschaft üben, sind gestern von der gemeinsamen Regierung nach Hause gegangen worden. Und ganz ruhig sind sie gegangen, die edlen Herren, sie haben sich nicht von der Polizei hinausführen lassen, sie haben nicht obstruiert und demonstriert, sie haben lediglich, bevor der königliche Kommissar General Nyiri eintrat, einen Beschluß gefaßt, die Funktion des Kommissars nicht anzuerkennen und am Mittwoch wieder zukommen. Es erschien dann als Vertreter des königlichen Kommissars Oberst Fabricius in Begleitung mehrerer Soldaten in dem Sitzungssaal und verlas von der Präsidententribüne das die Auflösung betreffende Handschreiben des Königs. Im Beratungssaal war während der Verlesung kein einziger Abgeordneter anwesend. Darauf wurden sämtliche Räume des Abgeordnetenhauses, in denen Beamte des Hauses anwesend waren, oder Journalisten, die Berichterstattung besorgten, polizeilich geräumt, die Türen des Abgeordnetenhauses gesperrt und versiegelt und eine Polizeiwache vor dem Tore aufgestellt. Wenn die Herren am Mittwoch wiederkommen sollten, fänden sie verschlossene Türen.

Damit der Tragikomödie auch das Satyrspiel nicht fehlt, hat „Bruder bemmisches unsriges“ den Herren Magyaren seine Hochachtung ausgedrückt. Der Präsident der nach Hause geschickten Abgeordneten erhielt folgendes Telegramm: „Empfangen Sie an dem Tage des gegen den Absolutismus des auch uns knechtenden, germanisierenden verlebten Oesterreichs geführten historisch denkwürdigen Kampfes die sympathische Begrüßung der radikalen Tschechen. Wenn man die Agglomeration der habsburgischen Staaten aufrecht zu erhalten wünscht, muß der Absolutismus zu grunde gehen. Die tschechisch-radikalen Abgg. Klofak, Choc, Bazasobtka, Czerny, Fresl, Sehnal.“ Großartig! Nun ist den Magyaren der

---

Haus Tannheim.

Erzählung von **A. Ernesti.**

8. Forts. (Nachdruck verboten.)

„Draußen regnete es ziemlich stark. — Tropfen auf Tropfen schlug still und eintönig gegen mein Fenster.

„Wie Tränen?

„Wie konnte ich nur jetzt an Tränen denken?

„Das gleichmäßige Geräusch wirkte allmählich beruhigend auf mich, so daß ich, in meinen Sessel geschmiegt, einschlief und erst gegen Morgen mein Lager aufsuchte, um spät am Tage zu erwachen mit dem ersten Gedanken: „Unsere Liebe muß ewig, ewig besteh'n!“

„Hatte ich alles geträumt? War es gewesen?

„Schnell sprang ich auf, frisierte mich mit koketter Sorgfalt, zupfte und zog abermals an meinen Löckchen, die mich immer noch duftiger umflattern sollten, nahm statt der schwarzen Trauerkleidung, halb unbewußt, ein hellsilbergraues, leichtes Gewand, musterte mich mit kritischem Blick, um zu ergründen, ob „Er“ Veranlassung finden könnte, sein Lieb zu bewundern, lächelte meinem Spiegelbild endlich sehr zufrieden und selbstgefällig zu und flog in das Eßzimmer der ersten Etage.

„Papa hatte schon mit dem Frühstück begonnen, bei dem ich ihn sonst zu erwarten pflegte, und sah mich über seine Brillengläser weg mit ernster Miene prüfend an.

„Nun, mein Kind, Du hast ja alle Müdigkeit gut ausgeschlafen. Wie der Frühling schaust Du aus mit Deinen leuchtenden Guckerchen. Na, freut mich, freut mich wirklich.“

„Wann er wohl kommen wird? Ob vormittags? Ach, vielleicht gar erst am Nachmittag? Das wäre fürchterlich! Diese langen Stunden, was kann ein Mensch denn nur mit so vielen langen Stunden anfangen?“ So wogte und wallte es in mir und ich durcheilte rastlos das ganze Haus. Endlich nahm ich mir vor, im Unterhaus, gleich hinter Papas Sprechzimmer, gemalsam zur Ruhe zu kommen und mich dort artig mit einer Stickerei niederzulassen. Hier mußte ich zuerst jedweden kommen hören, der das Haus betreten würde.

„In diesen Räumen war ich ziemlich selten, weil es hier häufig vorkam, daß ich von Gästen gestört wurde, die nur den Herrn des Hauses besuchen wollten. So schien es auch jetzt, daß Papa das Zimmer noch nicht lange verlassen hatte, denn auf dem Tisch, auf kleinem, silbernem Tablett, stand eine Kognakflasche mit zwei geleerten Gläschen und im halbgeöffneten Nebenzimmer wurde lebhaft gesprochen.

„An diesen von mir betretenen Raum schließt sich nach der Gartenseite ein Wintergarten an, der mit Palmen und Blattpflanzen gefüllt, nur einigen kleinen Ruheplätzchen Raum läßt.

„Fleißig stickend, saß ich zuerst einige Minuten am Fenster, als mein Name an mein Ohr klang. Ich erkannte die Stimme Dr. Herstadts, mit dem Papa von mir zu sprechen schien.“

„Deine Besorgnis läßt Dich zu schwarz sehen, mein lieber Freund,“ sagte Dr. Herstadt.

„Gewiß, ich klammerte mich selbst an diese Hoffnung, aber — ich finde keine Ruhe mehr, es muß etwas geschehen,“ klang es zitternd aus meines Vaters Mund. „Fände ich einen Vorwand, sie nochmals zu untersuchen, das wäre mir am liebsten, aber ich befürchte, ihren Verdacht zu erregen und das wollen wir vor allem vermeiden. Es nähme ihr gleich den Mut und die Sachlage kann dadurch nur verschlimmert werden.“

„Ganz recht, mein alter Freund, aber Kopf hoch, noch ist die Lunge nicht stark angegriffen, wenn es überhaupt der Fall ist. Irmgard hustete nur wenig und sieht besser aus in letzter Zeit; ihr ganzes Wesen ist freier. Der Verlust Deiner geliebten Gattin läßt Dich Gespenster sehen und den Ernst der Situation stark übertreiben. Sie ist schnell gewachsen, aber all dies wird die Jugendkraft bald überwinden. Gewiß darf man nicht leichtfertig darüber hinweggehen, wir wollen überlegen — — —“

„Die Herren verließen beratschlagend gemeinschaftlich das Zimmer und das Haus.

„Deine Irmgard lungenkrank, Ilse. „Seine“ Irmgard lungenkrank! Unsere Zukunft vernichtet!

„War denn das auszudenken?

„Und mein überströmendes Glücksempfinden? Das Singen und Jauchzen in meinem Innern? Wohin nun damit? Gibt es denn überhaupt noch ein Wollen bei mir? Hat er nicht siegreich jeden Willen unter den seinigen gezwungen und Besitz von meinem ganzen Sein genommen? Niemals werde ich mein Herz zu ruhigem Entsagen bringen können. Lieber tot sein, als ohne diesen Seelengleichklang leben, der seinen leuchtenden Glanz über mich ausstrahlte. Aber wird es nicht sein müssen?

„Ja, es muß sein — — — es muß.

„Und er durfte nicht einmal den Grund erfahren. — Niemals. — Er würde nimmermehr verzichten, ich wußte es, aber er sollte nicht elend sein durch mich und eine hinsiechende Frau heimführen. Nein, nein, das durfte nicht sein. Besser gleich jetzt mit dem Messer in's Fleisch, desto schneller heilt die Wunde. Die Schwindsucht! Hu, wie es mich durchschauerte. — Mit dem Gedanken vermochte ich nicht, jemals an seiner Seite froh zu sein, das fühlte ich mit unumstößlicher Gewißheit.

„Also nochmals, es muß sein!

„Ich hatte das Zimmer mehreremale mit großen Schritten, wie im Taumel, durchmessen und sank jetzt halb bewußtlos auf den Polstersitz zwischen den Palmen. Oder ganz bewußtlos, ich weiß es nicht. — Ich glaube, ich betete mit geschlossenen Augen um Kraft und Fassung. — — — —

„Jede Minute sehnte sich mein Herz nach Dir. Sag', wie hast Du es nur angefangen, mein Lieb, alle, alle meine Gedanken mir zu stehlen und bei Dir zu behalten?“ Diese Laute fing mein Ohr nach einiger Zeit auf und ich sah Paul zu meinen Füßen, meine Knie umschlingend. „Soll ich Dir schildern, was in mein Leben getreten, seit ich meine stolze, süße Irmgard fand, mit ihrer holden, herben Jungfräulichkeit? — Aber nun sag es mir mit Worten, Kind, sage mir das, wonach ich mich seit gestern mit quälendem Verlangen gesehnt, daß Du mich liebst — mich Glücklichen — und ich will es Dir danken mein Leben lang.“

Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.